



Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Landesverband Brandenburg e.V.



Potsdam, 6. April 2011

An den
Ministerpräsidenten
des Landes Brandenburg
Herrn Matthias Platzeck
Heinrich-Mann-Allee 107
14460 Potsdam

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

am 9. März 2011 haben sich die Tarifparteien in Potsdam auf ein einvernehmliches Ergebnis auch hinsichtlich der Entgelterhöhung für die Tarifbeschäftigten in den Länderverwaltungen geeinigt, das Ihnen und Ihrem Kabinett bekannt ist. Damit verbunden war die Forderung der Gewerkschaften und Verbände im öffentlichen Dienst, dieses Ergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten im Landesdienst zu übertragen. Dafür steht nunmehr der Landesgesetzgeber, vor allem aber Ihr Kabinett, welches den dafür notwendigen Gesetzesentwurf vorzulegen hat, in der Verantwortung.

Während sich in der Mehrheit der Bundesländer die Landesregierungen zur Besoldungserhöhung schon positioniert bzw. sogar schon Maßnahmen der Umsetzung eingeleitet haben, gehört das Land Brandenburg zu den wenigen Ländern, in der sich die Landesregierung zur Problematik der Übernahme des Tarifergebnisses auf die Besoldung der Landesbeamten öffentlich überhaupt noch nicht erklärt hat. Damit brüskiert man alle Beamten des Landes, die wie die Tarifbeschäftigten das Funktionieren der Landesverwaltung in allen Ressorts sicherstellen und Ihnen wie auch allen anderen Kabinettsmitgliedern die Umsetzung Ihrer politischen Führungsaufgaben in praktisches Handeln erst ermöglichen. Die Brandenburger Beamtinnen und Beamten sind mit ihrer Besoldung im Vergleich zu allen anderen Ländern schon am Ende der Besoldungsskala gelandet. Die nunmehrige Untätigkeit in Sachen Besoldungsangleichung ist deshalb nicht mehr hinnehmbar.

Die Landesverbände der Deutschen Justiz-Gewerkschaft und des Bundes der Strafvollzugsbediensteten fordern Sie und Ihr Kabinett deshalb auf, sich **unverzüglich** zur Problematik der **zeit- und inhaltsgleichen Übernahme** des Tarifergebnisses für die Besoldung öffentlich zu positionieren und den Landesbeamten in finanzieller Hinsicht Gleichbehandlung mit den Tarifbeschäftigten zu gewähren.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Wenzel
Landesvorsitzende
DJG Brandenburg

Willi Köbke
Landesvorsitzender
BSBD Brandenburg